

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**





## Corona: Die Ausrede für uferloses Schuldenmachen

Per 2021 haben wir 240 Milliarden Euro Schulden in nur EINEM Haushaltsjahr. 44 Prozent Kreditfinanzierungsquote des Haushalts. Das sind historische, bislang VÖLLIG undenkbbare Dimensionen!

Warum? Angeblich „NUR“ wegen Corona. Wir respektieren alle die Sorge der Menschen vor einer real existierenden Infektionskrankheit – vor allem bei den Risikogruppen. Trotzdem sind die objektiven Fakten folgende: Die Regierung erhält den epidemiologischen und haushalterischen Ausnahmestatus derzeit über willkürliche Inzidenzzahlen aufrecht, die durch die massiv gesteigerte Anzahl von Tests in Schulen und Betrieben überall künstlich hochgetrieben werden. Dies, obwohl die Regierung sogar SELBST sagt, dass ANDERE Parameter als die absoluten Fallzahlen den Schweregrad der Pandemie abbilden. Die HAUSHALTERISCHE Notsituation ist seit März 2020 eine unglaublich ergiebige Ausrede für uferloses Schuldenmachen.

Auch im Haushalt '21 findet man erneut keinerlei Einsparungen und noch IMMER keine Auflösung der Asylrücklage. Zudem weist nur ein KLEINER Anteil überhaupt einen BEZUG zu CORONA auf!

Auf unsere vielfachen Nachfragen im Ausschuss hin wurde von der Regierung zuletzt gar nicht mehr BEHAUPTET, dass alle Zusatzausgaben Corona-bedingt seien.

Es ist REKORDVERDÄCHTIG, wenn Olaf Scholz jetzt beantragt, den Schuldenhaushalt 2021 nach nur VIER MONATEN um WEITERE 60 Milliarden Euro Schulden aufzustocken!

Und wer sagt uns denn, dass DIESER Haushalt nun der ENDGÜLTIGE für 2021 sein wird?

GENAU wissen wir es nicht, weil das BMF sich hartnäckig weigert, die BASIS der Etatkalkulation offenzulegen.

### Mein Tipp:

Genau bis zur Bundestagswahl wird der völlig verantwortungslose Dauerlockdown mit 240 Milliarden Kreditgeld nun finanzierbar sein.

Die RETTUNG der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft kann aber NUR über das schnelle Ende des Lockdowns kommen!

Und KEINESFALLS über unzureichend getestete Impfungen oder gar über eine faktische Impfpflicht, die wir KATEGORISCH ablehnen!

## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Vorsitzender im Haushaltsausschuss

### Ordentliches Mitglied:

- Haushaltsausschuss
- Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

### Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de



/Peter.BoehringerCom



https://t.me/pboehringer

## Zusammen mit den Bürgern gegen den Bundes-Lockdown

Mit dem § 28b des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) hat der Bundestag am 21.4. schwerwiegende Eingriffe in Rechtsstaat und Freiheit mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD beschlossen. Die Grünen, die sich gerne auf ihr früheres Image der "Bürgerrechtspartei" berufen, enthielten sich bei einem Gesetz, welches unsere Demokratie in historischem Ausmaß beschädigt.

An diesem Tag waren viele AfD Abgeordnete im direkten Gespräch mit den Bürgern auf der Straße, um unmittelbare Stimmungen, Sorgen und Wünsche einzufangen. Wir nehmen unseren Auftrag als Volksvertreter ernst und verbarrikadieren uns nicht wie die meisten Abgeordneten der Altparteien hinter Wasserwerfern und Polizeiketten. Denn die Gebäude des Bundestags wurden von den Architekten mit großen Glasfronten und offenen Fassaden bewusst angelegt um zu symbolisieren, dass das Parlament für die Bürger offen ist. Nach 16 Jahren Merkel werden die Bürger aber vom Parlament ausgesperrt und dieses soll wie eine mittelalterliche Burg von einem Graben umgeben werden - Kontakt mit dem Bürger unerwünscht!

Unter den über zehntausend Demonstranten rund um den Reichstag waren auch zahlreiche engagierte Bürger, die den weiten Weg aus Bayern nach Berlin und die Schikanen durch den Sicherheitsapparat der Regierung nicht scheuten, um ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf friedlichen Protest wahrzunehmen. Respekt und Anerkennung dafür!

Nach dem Besuch der Demonstranten am Parlament hielten wir von der AfD anschließend auch im Parlament unser Wort und stimmten als größte Oppositionspartei geschlossen gegen den so genannten Bundes-Lockdown.

Der Sendung "Hallo Meinung" des bayrischen Unternehmers Peter Weber stand ich zum Thema Infektionsschutzgesetz Rede und Antwort:

<https://www.youtube.com/watch?v=BMQMFrhOf68>



### Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Auswärtigen Ausschuss
- Mitglied im EU-Ausschuss
- Obmann im Unterausschuss Auswärtige Kultur- u. Bildungspolitik
- Mitglied im Kuratorium der Bundesstiftung KENFO

✉ [petr.bystron@bundestag.de](mailto:petr.bystron@bundestag.de)

f /bystronpetr

www [www.petrbystron.de](http://www.petrbystron.de)





## Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses  
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

## Gemeinsam für die Sache

Der April war ein schwerer Monat für unser Land. Die Verabschiedung des 4. Infektionsschutzgesetzes ist ein Tabubruch und der endgültige Beweis dafür, dass die Regierung bereit ist, Rechtsstaat und Grundgesetz zu missachten. In meiner Ausschussarbeit habe ich alles unternommen, um dieses drakonische Gesetz noch einmal abzuwenden. Vergeblich! Gegen alle Mahnung stimmten die Regierungsparteien mit 342 der insgesamt 656 Stimmen für die Verschärfung der Corona-Maßnahmen. Dr. Gauland mahnte zurecht, dass dieses Gesetz nur eine Kostprobe für das noch Kommende ist. Die Regierung öffnete durch ihren Entschluss die Büchse der Pandora. Wer einmal den Willen zeigt, die Verfassung zu brechen, tut dies immer wieder, sobald es seine politischen Ziele verlangen. Sie warten nur die nächste „Krise“ ab. Wir müssen diesen Trend unbedingt verhindern. Der erste Schritt hierfür ist schon getan. Als bayerischer Vertreter im Fraktionsvorstand, forderte auch ich dazu auf, sich per Verfassungsklage gegen das Gesetz zu wehren. Am 22.04 durfte ich noch zu später Stunde eine Rede vor dem Plenum zu den von der CDU geplanten Waldsubventionen halten. Ich forderte die Regierung dazu auf,

nicht den gleichen Fehler wie in der Landwirtschaft auch in der Wald und Forstpolitik zu wiederholen. Unsere Waldbesitzer dürfen nicht von den Subventionen einer Ursula von der Leyen abhängig gemacht werden. Sicher ist, dass unsere Wald- und Forstbesitzer für ihre ökologischen Leistungen unsere Unterstützung verdienen. Aber gerade deshalb müssen wir eine Überregulierung ihres Besitzes verhindern. Der Grund und Boden muss in den Händen der Waldbesitzer bleiben. Statt freiheitsberaubenden Subventionen schlage ich vor: 1. Eine stärkere Förderung der Saatgutforschung, 2. mehr Personal in die Wälder und Förstereien und 3. die Verdopplung der Flächen zur Züchtung von stabilen Baumarten. Der Wald hat tief in unsere Volksseele Wurzeln geschlagen. Umso wichtiger ist es, ihn vor der Bevormundung der EU zu schützen. Die letzten Wochen lehrten uns, dass wir noch weit davon entfernt sind, dieses Land vor der Politik der Altparteien zu retten. Jetzt ist es entscheidend nicht den Mut zu verlieren und sich nicht an innerparteilichen Streitereien aufzuhängen. Kämpfen wir weiter für unser Land und versuchen wir alles für ein gutes Wahlergebnis im September.



## Wie der Lockdown eine ganze Generation gefährdet

Liebe Mitstreiter,  
als Mitglied der Kinderkommission des Bundestages und als Familienpolitiker bin ich zutiefst besorgt über die verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen der Lockdown-Politik auf unsere Kinder.

Die Kontaktbeschränkungen und die weitgehende Schließung von Schulen und Kitas sowie Freizeit- und Sportangeboten ziehen bei Kindern und Jugendlichen schwerwiegende Krankheitsfolgen nach sich. Laut des Zentralinstituts für seelische Gesundheit erfüllten 57 Prozent der befragten Jugendlichen Kriterien einer leichten bis mittleren, 38 Prozent sogar einer mittleren bis schweren psychischen Belastungsstörung.

Seit Beginn des Lockdowns treten durch Homeschooling, sozialer Isolation und Maskierung vermehrt Angst- und Schlafstörungen sowie Depressionen und vor allem Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen auf. Im Falle der Zunahme der Anorexia Nervosa (Magersucht) hat dies besonders dramatische Folgen, da etwa 15% der Betroffenen im weiteren Verlauf daran versterben werden. Zudem werden eine Zunahme psychiatrischer Notfälle und akuter Suizidalität – meist bei ca. 12-jährigen Mädchen – verzeichnet.

Vor dem Hintergrund der bereits zuvor bestehenden Überlastung der Kinder- und Jugendpsychiatrien und der ambulanten therapeutischen Angebote, können notwendige Hilfen nicht in ausreichendem Maße gewährleistet werden.

Das Leid der Kinder entsteht durch Isolation, das Leid der Jugend zunehmend auch durch Perspektivlosigkeit. So ist bereits jetzt ersichtlich, dass es für die Schulabgänger dieses Jahr nicht ausreichend Lehrstellen geben wird: Ganze Branchen (wie etwa Tourismus, Hotellerie und Gastronomie) stehen am Abgrund und können nicht einmal den bereits bestehenden Auszubildenden gesicherte Zukunftsaussichten bieten. Auch hier betreibt die Politik Symptombekämpfung: Anstatt diesen Betrieben durch Öffnungen das Fortbestehen zu ermöglichen, versucht man durch halbherzige Ausbildungsprämien die Auswirkungen zu kontrollieren. Das wird nicht reichen...

Der Lockdown muss daher unverzüglich beendet und dessen grobe Axt durch das feine Skalpell eines zielgenauen Schutzes der Risikogruppen ersetzt werden! Denn sicher ist: Für die Schäden durch den Lockdown sind Kinder und Jugendliche die Hochrisikogruppe.

### Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



johannes.huber@bundestag.de



@HuberMdB



/Johannes.Huber.AfD





## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

#### Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

#### Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

YouTube /RainerKraftAfD

Facebook /dr.rainer.kraft

Twitter @Dr\_Rainer\_Kraft

www www.rainer-kraft-mdb.de

## EU goes SpaceX – die europäische Konstellation

Zu den parlamentarischen Nebentätigkeiten im Deutschen Bundestag zählt für mich die Zugehörigkeit in der Parlamentarischen Gruppe Luft- und Raumfahrt (PGLR). Obwohl ich schon öfter daraus berichtet habe, handelt es sich doch um ein untergeordnetes Gremium. In der Vergangenheit wurde von der PGLR zu sogenannten „Info-Lunches“ geladen, also gemeinsamen Mittagessen mit Vorträgen und Fragen rund um die Themenkomplexe Luft- und Raumfahrt. In Coronazeiten ist dies natürlich so nicht möglich, daher sind diese monatelang ausgefallen. Die PGLR hat sich nun etwas Neues überlegt. Ein gemeinsames Zoom Essen. Das sieht folgendermaßen aus. Alle treffen sich in einem Zoom und jeder angemeldete Teilnehmer bekommt ein abgepacktes Essen in sein Büro im Deutschen Bundestag geliefert, so dass man gemeinsam zu Mittag essen kann während man sich austauscht.

In der letzten Sitzungswoche fand also die Premiere des Zoom Lunches statt mit dem Thema ‚Die europäische Konstellation‘. Eine Konstellation bezeichnet dabei die Platzierung von mehreren hundert, wenn nicht tausenden von Kleinstsatelliten im mittleren Erdorbit die zusammen

ein globales, erdnahe und flächendeckendes Kommunikationssystem aufbauen. Derzeit sind mehrere Konstellationen im Aufbau oder in der Planung, so z.B. Starlink (SpaceX), OneWeb (zwischenzeitlich insolvent, jetzt UK) und Project Kuiper (Amazon). Diese Konstellationen sind z.T. schon fortgeschritten, so hat Starlink bereits mehr als 1200 Satelliten im Orbit.

Und nun beabsichtigt man also eine europäische Konstellation aufzubauen. Als Vorbild wird das Galileo Projekt genannt, also eine globale Projekt das allen gleichberechtigt zur Verfügung stehen soll. Der Zeitplan ist ambitioniert. In 2023 will man anfangen und bereits 2025 soll es fertig sein.

Die Starts sollen von der ESA ausgeführt werden. Allerdings konnte auf Nachfrage nicht sichergestellt werden dass die ESA überhaupt genug Startkapazität zur Verfügung stellen kann. Das Projekt ist also überaus ambitioniert, die Organisation nicht gesichert und man will in ein Marktsegment vordringen in dem private Anbieter bereits signifikante Entwicklungsvorsprünge haben.

Ein typisches europäisches Projekt also.



## AfD-MdB Hansjörg Müller bringt es auf den Punkt:

"Wer die bürgerlichen Freiheiten abschafft, schafft auch die wirtschaftlichen Freiheiten ab und zerstört damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, unseren Mittelstand."

Seit Adam und Eva verspricht man den Menschen Schutz, wenn es darum geht ihnen die Freiheit zu nehmen. Ein uraltes Muster. Dieses Infektionsschutzgesetz geht exakt in die gleiche Richtung. Die im Grundgesetz verankerten Bürger- und Freiheitsrechte werden mit dem Vorwand des Schutzes der Bevölkerung in totalitärer Manier ausgehebelt.

**Die Hauptforderung kann nur lauten: Den Lockdown beenden, bevor weite Teile des Mittelstandes am Ende sind.**

Hotels, Gastronomie und der gesamte Tourismusbereich hatten die besseren Hygienekonzepte und mussten dennoch schließen. Der Nah- und Fernverkehr in Straßenbahnen, Bussen und Zügen lief und läuft. An den Flughäfen drangsaliert man die Menschen, den Abstand einzuhalten. Im Flugzeug selbst sitzt man wieder eng beieinander. Niemand moniert ernsthaft die Luftqualität, die Virenlast oder die Ver-

breitung der Aerosole in den verschiedenen Transportmitteln. Man sitzt auf engstem Raum, die Maske reicht völlig aus.

Inzwischen dürfen einige Dienstleister nach monatelangem Berufsverbot wieder Hand anlegen. Auch der allgemeine Handel kann unter unterschiedlichsten Auflagen langsam wieder öffnen, während die wirtschaftlich potenten Discounter-Ketten sämtliche Waren durchgehend im Angebot hatten. Eine Logik dieser Maßnahmen ist für den kleinen und mittleren Unternehmer - und auch den Bürger und Wähler - nicht mehr erkennbar. Hotels und Gastronomie haben weit mehr Platz und Abstand in ihren Räumen, als es die trotz der Corona-Auflagen verkehrenden Busse und Bahnen je bieten könnten.

**Ein nicht mehr verständliches Verordnungs-Wirrwarr lässt ganze Branchen ausbluten.**

Der Tourismusbereich liegt am Boden. Hotels, Gastgewerbe und somit auch die unzähligen Arbeitnehmer und Steuerzahler in diesem für Deutschland so wichtigem Wirtschaftszweig bangen um ihre Existenz.

## Hans-Jörg Müller, MdB Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ [hansjoerg.mueller@bundestag.de](mailto:hansjoerg.mueller@bundestag.de)

f /MdB.Mueller





## Gerold Otten, MdB

**Wahlkreis 221: München Land**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

**Ordentliches Mitglied:**

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

**Stellvertretendes Mitglied:**

- Haushaltsausschuss



/GeroldOttenAfD



/gerold.otten



/t.me/MdB\_Otten



@gerold\_otten

**Web:** [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)

## Bundeswehr: Abzug aus Afghanistan

Nach zwanzig Jahren werden die NATO-Truppen aus Afghanistan abgezogen und zwar anders als bislang gefordert, sofort und „bedingungslos“. Damit beendet auch die Bundeswehr als zweitgrößter Truppensteller nach den USA ihre Mission, die im Dezember 2001 begann. Die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder schickte die Bundeswehr nach den Terrorangriffen des 11. September in den verlustreichsten Einsatz ihrer Geschichte. Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) erklärte damals sogar, die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt. Der Einsatz hat 59 deutschen Soldaten das Leben gekostet und Hunderte an Körper und Seele verletzt. Trotz aller militärischer, wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Bemühungen ist der Versuch klar gescheitert, aus Afghanistan eine Demokratie nach westlichem Muster zu machen.

Die Ankündigung von Präsident Joe Biden, den Abzug nicht -wie ursprünglich vorgesehen- zum 11. September, dem 20. Jahrestag von 9/11, sondern noch schneller bis zum 04. Juli, dem Unabhängigkeitstag der USA, umzusetzen, bringt die Bundeswehr in nun in erheblichen Zugzwang. Sie muss nun bis Juni die

derzeit rund 1.100 Soldaten übereilt und unter erhöhter Gefahr von Angriffen durch die Taliban abziehen. Voraussichtlich wird sogar militärisches Gerät zurücklassen, oder dies als „Militärhilfe“ an die Afghanischen Streitkräfte abgegeben. Die Wunschträume von Verteidigungsministerin Annegret-Kramp-Karrenbauer und anderen blauäugigen Gutmenschen, Mädchen und Frauen in dem islamischen Land den Zugang zu Bildung und Beruf zu ermöglichen, zerplatzen an den Taliban, die wieder die Macht am Hindukusch übernehmen werden! Wer mit den NATO-Truppen zusammengearbeitet hat schwebt nun in Lebensgefahr. Das bedeutet für Deutschland, dass großzügig afghanischen Helfern und ihren Familien die Einreise erlaubt werden wird und künftig niemand mehr nach Afghanistan abgeschoben wird.

Ich fordere als Abgeordneter der AfD die Bundesregierung auf, endlich eine Gesamtbilanz des Afghanistan-Einsatzes (Kosten ca. 20 Milliarden Euro) zu ziehen und Lehren für aktuelle und zukünftige Auslandseinsätze zu ziehen. Für mich steht fest, die Freiheit Deutschlands wird nur im Bereich des NATO-Bündnisgebietes und in Deutschland verteidigt.



## Untersuchungsausschuss Corona endlich (fast) eingerichtet

Eine inzwischen über ein Jahr alte Forderung der AfD-Fraktion ist es, dass das blanke Staatsversagen der Bundesregierung in der Lockdown-Krise aufgearbeitet wird. Sehr effektiv ist immer ein Untersuchungsausschuss, welcher quasi Staatsanwalt und Richter in einer Person wäre. Die AfD alleine hat dafür nicht die nötigen Stimmen.

Nachdem der Unmut in der Bevölkerung und dann schließlich der ein oder anderen Landesregierung wuchs, kam von Union und SPD eine ziemliche Nebelkerze: Es wurde ein sog. „Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie“ gegründet. Ein dem Gesundheitsausschuss untergeordneter Sonderausschuss mit 21 Mitgliedern. Die AfD entsendet drei Vertreter, neben Sebastian Münzenmaier und Robby Schlund auch mich. Persönlich werde ich vor allem die rechtliche Seite rund um den Entzug von Grundrechten beleuchten. Ebenfalls sind ungeeignete Maßnahmen nicht nur toxisch für Familien und Wirtschaft, sondern auch juristisch eine Farce.

Nachdem der Sonderausschuss zusammentrat und den Ärzteverband-Lobbyist Rudolf Henke (CDU) zum Vorsitzenden bestimmte, fiel gleich die nächste reguläre Sitzung aus.

Am 29. April fand eine Experten-Anhörung zum Thema „Evidenzbasierte Kontaktreduzierung“ statt. Dort wurde durch Henke erst einmal proklamiert: „Deutschland findet immer gute und gerechte Regelungen für alles, was der Regelung bedarf.“ Diesen Optimismus teile ich so freilich nicht. Unter dem Strich konnte den Maßnahmen der Kontaktreduzierung gerade durch Ausgangssperren kein genau beweisbarer Nutzen zugeordnet werden. Das Helmholtz-Institut gab zu, dass etwaige Wirkungen so gut wie immer nur geschätzt und hochgerechnet werden, anstatt wirklich gemessen. Für die neuen Virusvarianten wurden uns ebenfalls bloße Hochrechnungen präsentiert, in denen man diese als gefährlich im Faktor aufaddierte, um „handlungsfähig zu sein“. Gestiegene psychische Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen wegen des Lockdowns wurden auf Nachfrage bestätigt.

Leider ist zu sagen, dass dieser Sonderausschuss gerade keine Feststellungen zu Rechtswidrigkeit etc. treffen kann. Man will das Thema Corona unter dem Strich abtropfen lassen. Zusammen mit den Kollegen werde ich das jedoch nicht zulassen.



**Tobias Peterka, MdB**  
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender
  - Unterausschuss Europarecht
- Ordentliches Mitglied
  - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
  - Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform
  - Sonderausschuss Corona

 /tobiasmpeterka     tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka



## Chaoswochen in Berlin – Die AfD muss es besser machen!

Chaoswochen in Berlin – Die AfD muss es besser machen!

Die Bereicherungsorgie der Bundesregierung und ihrer Fraktionen nimmt kein Ende. Mittlerweile wurde bekannt, dass 40 Bundestagsabgeordnete an Maskendeals beteiligt waren. Konsequenzen gab es kaum, außer einige Rücktritte und halbherzige Entschuldigungen. In einer echten Demokratie hätte dieses Hochversagen zu einer Regierungskrise geführt. Aber die Parteien sehen ihre Felle davon schwimmen und vergeifen sich am Staat immer tiefer. Die Ministerien haben auf die Schnelle vor den Wahlen weitere 70 hochdotierte Beamtenstellen geschaffen, wo sie in weiter Voraussicht ihre Parteikollegen unterbringen werden.

Die Ereignisse überschlagen sich und man merkt die Nervosität der Altparteien. Wir erleben im Wochentakt neue Demonstrationen gegen die aktuelle Regierung, seien es die Landwirte, oder Bürger, die mit den Coronamaßnahmen nicht einverstanden sind. Die letztere wurde trotz friedlichen Verlaufes mit großem Polizeiaufgebot und harter Gangart aufgelöst. Im völligen Kontrast dazu stehen die vergangenen 1. Mai Proteste. Zu Zehntausenden

drängten sich Linksextreme und ihr Umfeld in Berlin auf die Straßen. Dabei wurden fast 100 Polizisten verletzt, einige schwer. Brennende Barrikaden und Straßen glichen einem Trümmerfeld. Was sagen unsere linken Politiker dazu? Sie schweigen.

Saskia Esken weigert sich, sich dazu zu äußern. Bei den Coronaprotesten war sie allerdings vorn dabei, diese als gefährlich abzustempeln.

Das aktualisierte Infektionsschutzgesetz (Notbremse) hat es allerdings in sich: Es bevollmächtigt die Kanzlerin Regeln bundesweit vorbei an den Ländern anzuwenden. Der neue Inzidenzwert von 165 ist willkürlich gesetzt, wie so viele Corona-Maßnahmen. Diese haben bereits 1 Millionen Bürgern ihren Arbeitsplatz gekostet.

Am Ende kommt es darauf an, dass wir den Wählern klar machen, wer die Misere zu verantworten hat. Und es ist absolut wichtig, dass es jeder versteht. Eine Union unter Laschets Führung ist ein Weiter-So der Merkelpolitik und Steigbügelhalter für die linksextremen Grünen. Für einen echten Politikwechsel braucht es eine starke AfD. Werben Sie dafür!

### Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de





## Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin\_Sichert

 /martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

## Lockdown beenden und Arbeitslosen eine Perspektive geben!

Der Endlos-Lockdown ohne Plan und ohne jede Perspektive treibt immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit. Allein im Jahr 2020 verloren 477.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie 526.000 geringfügig Beschäftigte ihre Arbeit.

Von den rund eine Million neuen Arbeitslosen kommen fast 400.000 aus Gastgewerbe und Hotellerie, sowie 78.000 aus Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsbranche. Wie soll das dann erst Ende 2021, dem Jahr der dauerhaften Berufsausübungsverbote und des irrsinnigen Öffnungshickhacks, aussehen?

Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt seit vergangenem Jahr sprunghaft an. Experten rechnen bis Ende 2021 mit bis zu 1,3 Millionen dauerhaft Beschäftigungslosen. Insbesondere immer mehr jüngere Menschen unter 35 Jahren sind betroffen – eine besorgniserregende Entwicklung! Die Lockdown-Politik der Regierung lässt die Zahl der Langzeitarbeitslosen explodieren und nimmt ihnen jegliche Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Durch die staatlich verordneten Berufsausübungsverbote über Monate hinweg werden massenweise Klein- und mittelständische Unternehmen

und somit Arbeitsplätze zerstört, wodurch es für immer mehr Arbeitslose praktisch unmöglich wird, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Diese Entwicklung ist umso besorgniserregender, da Arbeitslose auf Dauer wichtige Kompetenzen verlieren und die Integration auf dem Arbeitsmarkt von Monat zu Monat schwieriger wird.

Wir brauchen ein sofortiges Umdenken: Der Lockdown muss sofort beendet werden, damit die Menschen wieder arbeiten können und der Sozialstaat nicht weiter erschüttert wird. Denn die Zeche der Lockdown-Politik zahlen zunächst die Arbeitslosen, mittel- und langfristig aber wir alle mit höheren Sozialbeiträgen und einer immer perspektivloseren Gesellschaft.

In dieser Legislaturperiode sind jedoch keinerlei Änderungen mehr zu erwarten. Das fatale Motto „Augen zu und durch - wir schaffen das“ wird mindestens bis September gültig bleiben – Union, SPD und Grüne ruinieren unseren Wirtschaftsstandort, unseren Sozialstaat und unsere Zukunft. Denn die Folgen dieser Politik werden die kommenden Generationen bezahlen müssen.



## Alle reden vom Wetter, die Bahn macht dicht:

### Geplantes Versagen

Februar 2021, kräftiger Schneefall, alles dicht auf vielen Strecken der Deutschen Bahn: Früher war wirklich vieles besser. Vor gut 50 Jahren startete die Bahn eine damals berühmte Werbekampagne: „Alle reden vom Wetter – Wir nicht.“

Den zweiten Teil des Spruchs muss man heute umdichten, und das ist nicht etwa Pech, sondern geplantes Vorgehen – auf Kosten der Steuerzahler, die den Neubau von Bahnstrecken bezahlen und die Instandhaltung bezuschussen. Das Bahn-Management hatte nämlich beschlossen, bei (sehr) schlechtem Wetter auf Streckensperrungen im Voraus zu setzen.

Akzeptiert, wenn man nur vermeiden will, dass ein Zug losfährt und dann steckenbleibt. Aber wenn große Bahnstrecken tagelang nicht vom Schnee geräumt werden, ist das nichts anderes als massives Versagen. Die Schnellstrecke Erfurt-Halle war sogar ganze sechs Tage eingeschneit! Die Bahninfrastruktur ist Teil der Daseinsvorsorge und muss praktisch immer zur Verfügung stehen!

Kritiker nennen dieses geplante Desaster „Neue Schneestrategie“. Klar ist: diese Kopf-in-den-Sand-, pardon

Kopf-in-den-Schnee-Strategie muss weg! Im Bundestag ist die AfD-Fraktion an vorderster Front bei der Aufarbeitung. Dafür Sorge ich persönlich – mit allen parlamentarischen Möglichkeiten.

Stufe 1: Fragen an Minister Scheuer bei der Regierungsbefragung, weitere schriftliche Fragen, eine „kleine Anfrage“. Ergebnis: die für die Kontrolle der Bahn zuständigen Behörden wussten – nichts! Erst im Nachhinein laufen dort Verfahren los. Warum versagt hier die Kontrolle?

Stufe 2: Ein Antrag, um die Regeln bei der Finanzierung der Bahn zu ändern. Direkt kann der Bundestag nämlich nicht bestimmen, wie die Bahn ihre Strecken pflegt, aber auf dem Umweg über das Geld. Ansatz: wenn Störungen zu lange bestehen, werden die Steuerzuschüsse für die Instandhaltung gekürzt. Der Antrag ist derzeit in der Beratung.

Stufe 3: Anprangern im Plenum des Bundestags. Das bekommt die breitere (interessierte) Öffentlichkeit mit.

Es wird noch Jahre dauern, bis die Bahn (hoffentlich) gegen Sturm, Schnee und Eis ordentlich gehärtet ist. Wenn der Staat viel Steuergeld in die Strecken steckt, muss der Betrieb auch laufen!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /w.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)



**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**